



Liebe Teilnehmer*innen der Erstmai-Demonstration 2025

In Österreich ist die Lage der Lohnabhängigen momentan keine einfache. Und noch weniger derjenigen, die keine Arbeit finden oder nachgehen dürfen. Wir sind in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale, die vorerst nicht enden wird. Im Gegenteil, die angekündigten Budgetkürzungen werden bei unserem schwachen Wirtschaftswachstum in Österreich den Abschwung verstärken und verlängern. Die Arbeitslosigkeit und die Armut steigen, die sozialen Auffangbecken werden löchriger und die Schwere zwischen Reich und Arm klappt noch mehr auseinander. Unter diesen Umständen werden soziale Probleme extrem verstärkt. Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum, Kriminalität sowie psychische Probleme und Suizid sind nur einige der Folgen für die unteren Schichten.

Als Lösungsvorschlag verbreiten rechte Politiker*innen und Mainstreammedien Chauvinismus - strukturell ausgegrenzte Gruppen sollen so zum Sündenbock gemacht werden. Dieses faschistische Denken ist bereits in den Köpfen vieler Menschen verankert und spaltet die Gesellschaft.

Doch auch Linksliberale tragen durch die Individualisierung von Widersprüchen zur Spaltung der Massen bei. So entsteht ein falsches Bewusstsein: Es gaukelt uns vor, dass wir durch "richtigen" Konsum oder durch Selbstoptimierung die Welt verändern können und bestärken die individualistische Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemen.

Die aktuelle Regierung hat eine Ausgabenkürzung beschlossen, welche Geringverdiener*innen härter als jene mit hohem Einkommen trifft. Es wird also auf dem Rücken jener gespart, die eh schon wenig haben - mit den entsprechenden Konsequenzen. Diese Politik ist nicht nur menschenfeindlich, sondern auch ökonomisch widersprüchlich. Denn gerade öffentliche Investitionen und staatliche Ausgaben sowie die Besteuerung von Reichtum bei Entlastung der Arbeiter*innenklasse können Wachstumsverluste verhindern - und hätten somit das Potenzial kleine bis mittlere Unternehmen zu entlasten und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Wenn wir alle, bis hinauf in die obere Mittelschicht, keinen Vorteil von der sogenannten Budgetkonsolidierung haben - wer profitiert dann? Das Vermögen war in Österreich noch nie so ungleich verteilt wie heute! 50% der Privathaushalte besitzen weniger als 5%. Im Gegensatz dazu sind 5% der Haushalte Euro-Millionäre und haben zusammen fast die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Und genau diese 5% sind es, die seit der Corona Pandemie ihre Vermögen vervielfacht haben und die von den Kürzungen profitieren werden. Diese Menschen leben auf unsere Kosten - sie sind die wahren Schmarotzer! Für sie bedeutet die Krise Profite, für uns schlechte Lebensbedingungen!

Die von der Regierung geplanten Kürzungen zeigen: Offensichtlich ist das Kapital dieser kleinen Elite gut in den österreichischen Parteien verankert. Warum sonst sollten ÖVP, SPÖ und Neos sonst einen so schädlichen Kürzungsplan durchsetzen? Während der Wahl versprachen uns gerade diese Parteien das Blaue vom Himmel. Sie behaupten, etwas gegen Armut, Wohnungsnot oder andere Probleme, die der Kapitalismus auslöst, zu unternehmen. Doch egal ob sie sich sozial, demokratisch oder Volkspartei nennen: sie tun es nicht. Die nächste Regierungsepisode sollte uns allen eine Lehre sein: Es ist sinnlos, in das Wirken politischer

Parteien zu vertrauen, denn sie verraten uns für Geld und Macht. Alle wichtigen Errungenschaften, die das Leben der Massen verbessert haben, sei es der 8 Stunden Tag, das Wochenende oder andere grundlegende Rechte, haben wir uns auf der Straße und im Streik erkämpft. Und das wird auch in Zukunft gleichbleiben. Kein Parlament der Welt wird uns retten, das können nur wir selbst tun.

Interessant ist auch, wo die Regierenden nicht kürzen - nämlich bei der Aufrüstung.

Während wir heuer einerseits das 70. Jahr der Beschlussfassung der österreichischen Neutralität begehen, wird diese gerade im Moment völlig ausgehöhlt!

Bundesminister Stocker verkündet erst kürzlich, Österreich werde "im Rahmen der Neutralität" einen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit Europas leisten. Was für ein Widerspruch!

Die Regierung beschloss, über 15 Milliarden Euro in den nächsten Jahren in diesem Bereich zu investieren - und es könnten noch mehr werden. Denn obwohl Österreich ein EU-Defizitverfahren nur knapp abgewendet hat, erlaubt die europäische Union, dass Kredite für Verteidigungszwecke aufgenommen werden dürfen.

Der Beitritt Österreichs zu „Sky Shield“ ist der nächste Schritt der militärischen Integration des Bundesheeres in eine NATO/EU-Armee. Außenministerin Meisl-Reisinger setzt sich aktiv für eine solche Armee ein. Der Transport von Waffen und Truppen der NATO durch Österreich sowie Überflüge über Österreich sind ein direkter Verstoß gegen die militärische Neutralität - trotzdem finden sie regelmäßig statt. Auch die ungeheure Kriegshysterie in Deutschland und der EU ist auf die österreichischen Leitmedien übergeschwappt, ständig hören wir im Radio oder Fernsehen vom drohenden Krieg.

Im Kapitalismus ist der Krieg die Fortsetzung der Konkurrenz innerhalb der besitzenden Klasse mit anderen Mitteln. Große Unternehmen benützen Staaten und deren Bündnisse, wie z.B. die NATO oder die EU, um ihre Interessen durchzusetzen - diplomatisch oder militärisch. Dieses Streben seine Macht ständig auszudehnen, nennt sich Imperialismus.

In einer Zeit der Verschärfung der Klimakrise und fortschreitender Technologisierung konkurrieren die Mächte geopolitisch – es geht um knappe oder wertvolle Ressourcen, wichtige Handelswege sowie Grenzpolitik.

Für die meisten Menschen hier in Österreich und weltweit gibt es im Krieg nichts zu gewinnen - nur das Leben zu verlieren. Österreichische Konzerne wie STEYR, GLOCK, SCHIEBL, SWAROVSKI etc. oder auch ANDRITZ verdienen hingegen am Krieg, und freuen sich über die Investitionen der neuen Bundesregierung.

Es ist wichtig, dass wir uns alle gemeinsam gegen die drohende Kriegsgefahr einsetzen und eine Friedensbewegung entwickeln. In Österreich sind viele Menschen von der Neutralität überzeugt und erkennen das Leid in der Ukraine oder in Palästina. Daran können wir anknüpfen!

Doch wir müssen uns nicht nur gegen die Militarisierung stellen, um Krieg und Imperialismus weltweit zu verhindern, sondern auch, um uns selbst, als Lohnabhängige, zu schützen. Der bewaffnete Staat ist kein Freund oder Helfer, er ist auch kein Beschützer. Seine Aufgabe ist es, mit Gewalt die Verhältnisse, in denen wir leben - und unter denen wir leiden, aufrecht zu erhalten.

Kriegsvorbereitungen finden oft zeitgleich mit einer Aufrüstung nach innen statt. So ist das auch in Österreich: verstärkte Überwachung, Ausweitung von Polizeikompetenzen oder der Ausbau sogenannter Sicherheitszentren der letzten Jahre sind Beispiele. Auch wenn das alles unter dem Deckmantel der Sicherheit passiert, wird diese Entwicklung schnell zum Nachteil der Massen. Die fortschreitende Einschränkung der Versammlungsfreiheit oder die

Beschneidungen des Streikrechts sind ebenfalls Teil dieses inneren Umbaus, der darauf abzielt, einzuschüchtern und Protest oder Streik zu unterdrücken - wenn nötig mit Gewalt. Dem müssen wir uns gemeinsam und konsequent entgegenstellen und die österreichische Versammlungs- und Streikfreiheit auf das Entschiedenste verteidigen!

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte zur Klimakrise sagen:

Die neue Regierung mit ÖVP, SPÖ und Neos widmen dem Umwelt- und Klimaschutz in ihrem Programm weniger Platz ein: Neun Seiten lang ist das Kapitel „Klima- und Umweltschutz“. Wir wissen, dass wir in Österreich aufgrund unserer geografischen Lage von der Klimakrise besonders stark betroffen sind. Dennoch wurde es jahrzehntelang verabsäumt, die richtigen Schritte zu setzen. Die Klimakrise ist für Arbeiter*innen und Angestellte mittlerweile konstant unter den drängendsten Themen, wie Studien des IFES – Institut für empirische Sozialforschung belegen. Das Bewusstsein für den Ernst der Lage steigt stetig. Dennoch sind viele Menschen skeptisch gegenüber raschen Veränderungen, weil sie befürchten, zu den Verlierer*innen zu gehören, während Reiche sich rauskaufen können oder sogar profitieren.

Sie werden mit dieser Angst Recht behalten - wenn wir nicht einen radikalen Systemwandel, der nur durch die Abschaffung des Kapitalismus möglich ist, erkämpfen. Dafür gilt es, jede* und jeden zu gewinnen.

Die Menschen sind stark, wenn sie gemeinsam handeln. Deshalb müssen wir die Organisation der Massen vorantreiben, um Kraft aufzubauen. Das heißt für alle mit politischem Bewusstsein: Verantwortung am Arbeitsplatz, in der Schule, an der Uni, im Verein, im Viertel und im Dorf übernehmen, den Zusammenschluss fördern und den Organisationsgrad am jeweiligen Ort erhöhen. So können sich Kämpfe um demokratische Rechte entwickeln und das Bewusstsein der Menschen über die Funktionsweise des Kapitalismus steigt.

Da weder die Parteienpolitik noch der „freie Markt“ die Krisen des Kapitalismus lösen werden, müssen wir uns eine lebenswerte Zukunft selbst aufbauen. Wir alle, die keine großen Firmen oder Hotels besitzen, keine Häuserblöcke zu vermieten und keine Millionen auf dem Konto haben, teilen ein gemeinsames, weltweites Schicksal: Wir sind die Verlierer*innen der Krisen und Kriege, der Ausbeutung und Unterdrückung. Doch die Geschichte hat oft genug gezeigt, dass wir das ändern können: Wenn wir uns organisieren und kämpfen!

Der internationale Tag der Arbeit erinnert an US-amerikanische Klassenkämpfe, bei denen auch österreichische Immigrant*innen beteiligt waren. Seit 1889 wird er weltweit begangen und hat eine lange, revolutionäre Geschichte geschrieben. Diese Geschichte ist es, die wir weiterschreiben müssen. Gehen wir heute an diesem traditionsreichen Tag auf die Straße. Es lebe der 1. Mai!

Basisgruppe Innsbruck